Mitgefühl ist nie verschwendet

WAS WIR WOLLEN

Jugendarbeit war und ist Lernfeld gelebter Demokratie und somit immer auch Ort von Jugendpolitik. Besonders in ländlichen Räumen ist sie wesentliches Element der Bildungsarbeit, der Freizeitgestaltung und auch der Jugendkultur vor Ort. Junge Menschen lernen, Verantwortung zu übernehmen, selbstwirksam zu handeln und so ihren Sozialraum mitzugestalten. Jugendarbeit braucht aber auch Weiterentwicklung. Denn Veränderungen in der Lebenswirklichkeit junger Menschen brauchen immer neue Antworten. Diese Lebenswirklichkeiten verändern sich vor allem auch an der Schwelle von Schule zu Beruf.

In Bayern umfasst der ländliche Raum etwa 85 Prozent der Fläche. Bewohnt wird dieser Raum von etwa 60 Prozent der bayerischen Bevölkerung. Je nachdem wo genau die Menschen leben, prägt sich ländlicher Raum [1] deutlich aus auf konkrete Lebensbedingungen. Dies gilt in ganz besonderem Maß für junge Menschen. Besonders ungünstig auf die Entwicklung wirkt sich hierbei die Abwanderung von jungen Menschen aus. Dies darf aber nicht bedeuten, dass Ressourcen für junge Menschen reduziert werden. Denn nicht nur Arbeitsplätze, sondern die Schule, der Kindergarten oder Jugendgruppen sind Standortfaktoren im ländlichen Raum.

Nach der Schule stellt sich für viele junge Menschen im ländlichen Raum die Frage, wo es hingeht: bleiben oder wegziehen. Bei der Suche nach einer Lehrstelle, bei der Gründung einer eigenen Existenz. Jugendliche auf dem Land beziehen gleichermaßen ihren ländlichen als auch den städtischen Raum in ihren Aktionsradius ein. Dies hängt jedoch auch von individuellen Möglichkeiten ab. Die Ressourcen sind zum Beispiel Mobilität, die entweder die Jugendlichen selbst (eigenes Fahrzeug) oder ihre Eltern (welche Zeit für ihre Kinder haben müssen) haben. Junge Menschen mit mehr finanziellen Möglichkeiten sind hierbei klar mobiler.

So vielfältig die Lebensbedingungen der Jugendlichen in Bayern, so vielfältig auch ihr kultureller Hintergrund, ihre körperlichen Möglichkeiten und ihre sexuelle Orientierung, Aspekte denen in einer Zeit mit unendlich viele Möglichkeiten ebenso Rechnung getragen werden muss.

[1] OECD: „Gemeinden gelten dann als ländlich, wenn sie unter 100 Einwohner/km² haben. Leben über 50% der Einwohner einer Region in ländlichen Gemeinden, so handelt es sich um einen ländlichen Raum.“

für gesundes Aufwachsen

Gesundheit in Kindheit und Jugend ist der Grundstein für Gesundheit im Erwachsenenleben. Armut und soziale Benachteiligung können zu Gesundheitsproblemen führen. Insbesondere gesundheitliche Schäden durch Abgase und Lärm an Hauptverkehrsstraßen – und somit günstigerem Wohnraum – sind hier für uns von besonderem Augenmerk. Deshalb müssen insbesondere für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche gesundheitsfördernde Maßnahmen und Angebote ausgebaut werden. Dies gilt gleichwohl für die Förderung gesunder Entwicklung und Stärkung der persönlichen Ressourcen und Widerstandsfähigkeit (Resilienz), eingebettet in pädagogische und betreuungsrelevante Aktivitäten der Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und der Jugendverbandsarbeit. Hierzu gehören auch die Entwicklung einer selbstkompetenten Persönlichkeit, der achtsame Umgang mit dem Körper und ebenso die Themen Ernährung, Sucht und Bewegung. Gesundheit bedarf jedoch nicht nur struktureller Unterstützungen sondern sie lebt auch davon, dass Menschen, die Hilfe benötigen, diese auch erhalten.
Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention Deutschlands im Jahr 2009 sind darin formulierte Ziele verpflichtend umzusetzen. Zentral ist das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen. Damit verbunden sind die Akzeptanz unterschiedlicher Begabungen und Fähigkeiten von Menschen und das Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe junger Menschen. Hieraus folgt, dass sich die gesamte Gesellschaft so weiter entwickeln muss, dass Menschen mit zugeschriebenen Behinderung(en) in vollem Umfang in einer behindernden Gesellschaft teilhaben können.

Wir machen uns stark für:

- Einführung eines kostenlosen und gesunden Mittagessens für alle Kinder und Jugendlichen, die eine öffentliche Einrichtung der Kindertagesbetreuung oder eine Schule besuchen
- Ausbau der Gesundheitsförderung in allen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und der Schule mit tägli-chen Sport- und Bewegungsangeboten. Dabei soll jedes Kind Schwimmen und Radfahren lernen.
- verpflichtende Erste Hilfe-Kurse für alle öffentlich Bedienstete an Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in 2-jährigem Turnus
- als Erste Hilfe-Ausbilder_innen ausgebildete Lehrkräfte an jeder Schule mit Anbindung an Verband
- Dialog mit Interessensverbänden forcieren und weniger von Mehrheitsgesellschaft leiten lassen
- Fortentwicklung des Kinder- und Jugendhilferechts in Einklang mit der Behindertenhilfe (“inklusive Lösung”)
- ein inklusives und durchlässiges Bildungssystem
- Schulsysteme mit möglichst später Selektion
- Rahmenbedingungen, die ein entwicklungsförderliches Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in ihren Familien unabhängig vom sozioökonomischen Status der Eltern möglich machen
- Ausbau der Kapazitäten und Aufstockung der Mittel zur Behandlung, aber vor allem zur Prävention, psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen

für gleichberechtigtes Zusammenleben

Junge Menschen sind nicht mehr nur Rezipient_innen von Medien. Sie sind inzwischen Medienproduzent_innen. Social Media ist fester Bestandteil geworden von Medienkultur. Wertehaltungen werden heute eben nicht mehr nur über Medien vermittelt sondern eben auch durch Nutzerinnen und Nutzer selbst eingebracht. Ideelle Werte überwiegen hierbei zunehmend gegenüber materiellen Werten. Ordnung und Traditionen nehmen zu, aber ebenso auch das ökologische und politische Engagement [Shell-Studie]. Kinder und Jugendliche dürfen keine Angst haben müssen, sich für ihre Interessen einzusetzen. Hier müssen Kinder und Jugendliche nicht nur befähigt werden, Interessen zu vertreten, wie es in Jugendverbänden geschieht, sondern sich auch maximal auf Schutzmechanismen verlassen können.

Wir machen uns stark für:

- Verachtung rassistischer und antisemitischer sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- Verfolgung von “hate speech” und Belästigungen; das Netz ist kein rechts-freier Ort, in dem Kinder und Jugendliche Angst haben müssen, sich zu äußern oder Beleidigungen zu erfahren
- Echte Flächendeckung in der Netzabdeckung überall in Bayern, insbesondere in Außenbereichen oder abgelegenen Orten

für eine lebens-werte Zukunft

Die junge Generation zeigt wieder stärkeres Interesse an politischen Themen. Die Gegenwart will gestaltet werden [Shell-Studie]. Respekt, Anerkennung und Bewusstheit sind hierbei wesentlich. Es besteht der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf in planbaren und gestaltbaren Welten. Hierbei steht im Fokus, dass der Beruf nicht nur ein Auskommen ermöglichen soll sondern vor allem auch sinnvoll, selbstbestimmt und gesellschaftlich nützlich sein soll. Die Grenzen von Freizeit und Beruf verschwimmen, ein hoher Freizeitanteil wird als wichtig angesehen.

Wir machen uns stark für:

- kurzfristig veränderbare Arbeitszeiten im Beruf (inklusive Rückkehr-Rechtseitens der Arbeitnehmer_innen; auch von Teilzeit auf Vollzeit)
- Möglichkeiten der Freistellung zu Zwecken der Jugendarbeit und Bildungsurlaub für Berufstätige, Auszubildende, Studierende und Schüler_innen
- gleichberechtigter Zugang zu schulischer Bildung
- flächen- und randzeitendeckende Mobilitätsangebote junger Menschen in Bayern
- ein kostenfreies Bildungsticket für Kinder und Jugendliche, Schüler_innen, Azubis und Studierende in allen öffentlichen Verkehrsmitteln

Echte Mitbestimmung

Die demografische Entwicklung trägt dazu bei, dass ältere Menschen immer mehr politische Macht haben und Entscheidungen fällen, mit denen Kinder und Jugendliche leben müssen. Kinder und Jugendliche sind jedoch die Gruppe Menschen, die am längsten von diesen politischen Entscheidungen betroffen sein werden und erst verhältnismäßig spät, mittels aktiver Wahl, in die Prozesse eingreifen können. Politische Entscheidungen müssen daher nicht nur diese Zielgruppe stärker in den Blick nehmen sondern vor allem auch die Interessen mit Kindern und Jugendlichen aktiv, zielgerichtet und nachhaltig beraten. Hier braucht es Mitbestimmungsmöglichkeiten, die über Alibi-Beteiligung hinausgehen, denn Kinder und Jugendliche sind eben nicht die Zukunft der Gesellschaft sondern vielmehr aktive, politische und handelnde Gegenwart eben dieser.

Wir machen uns stark für:

- Aktives Wahlrecht ab 14 Jahren auf allen Ebenen
- Altersgerechte Zugänge zu Wahlprogrammen, Kandidierenden-Informationen sowie politischer Bildung (Aufklärungsarbeit für Kinder und Jugendliche)
- stärkere Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene
- die Etablierung des verbindlichen Jugend-Checks für geplante Gesetzesvorhaben mit dem Ziel der Überprüfung auf Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation
- Jugendquoten in politischen Gremien
- digitale Beteiligungsformen an politischen Prozessen für alle, insbesondere Jugendliche, ausbauen, jedoch offline-Formate nicht vergessen

Ehrenamt möglich machen

Zahlreiche Menschen engagieren sich ehrenamtlich. Für den einen ist das halbjährliche Engagement im lokalen Kindergarten bereits Ehrenamt, wohingegen bei anderen die wöchentliche verantwortlich durchgeführte Gruppenstunde mit 2-wöchiger Sommerferien-Freizeit sowie diverse Gremien-Sitzungen Ehrenamt charakterisiert. Aber unabhängig von diesen Ausprägungen braucht es Rahmenbedingungen, die Ehrenamt und ehrenamtliches Engagement ermöglichen.

Wir machen uns stark für:

- Bereitstellung von Räumen für ehrenamtliches Engagement an Schulen z.B. für SMV oder Jugendverbände, die sich an der Schule engagieren sowie separate und eigenständige Zugänglichkeit
- Überlassung kostenfreier, zugänglicher und selbstgestaltbarer Räume für Jugendverbandsarbeit durch die Kommunen
- Möglichkeiten der Freistellung von Schülerinnen und Schülern analog des Jugendarbeitfreistellungsgesetzes
- Etablierung einer Anerkennungskultur für ehrenamtliches Engagement, insbesondere innerhalb und außerhalb der Schule
- stärkere Orientierung der Ganztagsschulen an Standards der Kinder- & Jugendhilfe (Partizipation, Inklusion, Selbstorganisation…)
- bessere Vereinbarkeit von Schule, Ausbildung, Studium, Beruf und Ehrenamt
- kostenfreie Überlassung von Räumen für zentrale jugendverbandliche Maßnahmen (z.B. Schulgebäude oder Schwimmbäder)

Ehrenamtliches Engagement

Bundesweit engagieren sich rund 23 Millionen Menschen ehrenamtlich. In unterschiedlichen Umfängen, in unterschiedlichen Themengebieten mit unterschiedlichen Graden von Verantwortung. In Jugendverbänden können Jugendliche ab 16 Jahren ehrenamtliche Funktionen übernehmen. Ein Alter, in dem die Jugendlichen in der Regel noch selbst Schüler_innen sind. Hier werden Freiräume benötigt, sich ehrenamtlich zu engagieren und Kompetenzen zu lernen, die nur bei außerschulischen Bildungsträgern gelernt werden können.

Wir machen uns stark für:

- ein Maximum der von der Schule beanspruchten Zeit inkl. Lern- und Eigenarbeit (z.B. Hausarbeiten) der Schülerinnen und Schüler von 40 Stunden pro Woche
- Beendigung aller schulischen Aktivitäten bis spätestens 16.00 Uhr
- gleichberechtigten Zugang zu allen außerschulischen Bildungsaktivitäten
- bessere Anerkennung der mit der Juleica-Ausbildung vermittelten Kompetenzen in Schule, Ausbildung und Beruf
- Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements bei BAföG-Bezug

Klima, Nachhaltigkeit, Umweltschutz

Schon immer sind die Themen Klima- und Umweltschutz und Nachhaltigkeit Themen, die junge Menschen berühren. Die Hiobs-Botschaften rund um Klima können nicht einfach nur hingenommen werden. Absagen an Klimaziele, weiteres Nach-Hinten-Justieren auf Sankt-Nimmerleinstage, Ausstieg vom Ausstieg aus der Atomkraft und erneuter Einstieg, Jahrhundertsommer, Klimakatastrophen, Klima-Flüchtlinge, mit all dem müssen junge Menschen umgehen, obwohl gerade diese jetzt junge Generation die wohl höchste Sensibilität in den Themen hat und bereit ist, hier ihr Verhalten zu ändern, um die Entscheidungen, die vorherige Generationen verursacht haben, zu korrigieren.

Wir machen uns stark für:

- Festhalten an Klimazielen, inklusive der Energie- und Mobilitätswende (z.B. Ausbau der erneuerbaren Energien, keine Subventionierung von Kohle und Dieselkraftstoffen)
- Ausbau der Sharing-Angebote für den ländlichen Raum
- Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Internationale Begegnungen

Kinder und Jugendliche wachsen in einem vereinten, friedlichen und offenen Europa auf. Einfache Grenzübertritte, fehlende Kontrollen, eine einheitliche Währung, aber auch Binnenmarkt, europäische Telekommunikation – nie war für viele Menschen freies Bewegen in Europa so einfach wie im Moment. Europa ist die Lebenswelt junger Menschen. Dies gilt es heute aber auch zu verteidigen. Nationale Alleingänge, Grenzkontrollen und Verschärfung von Bewegungsfreiheit werden diskutiert. Hier gilt es Europa weiter zu entwickeln, zu verteidigen und uns für Internationale Begegnungsmöglichkeiten stark zu machen. Gelingen kann dies durch Maßnahmen der Internationalen Jugendarbeit. Denn diese sind Bestandteil politischer Bildung und internationaler Verständigung für alle Menschen ungeachtet ihrer sozialen, familiären, religiösen und kulturellen Hintergründe, der sexuellen Identität und finanzieller Möglichkeiten. Angebote internationaler Begegnungen dürfen auch nicht Menschen mit psychischen und physischen Beeinträchtigungen versperrt sein.

Wir machen uns stark für:

- Ausbau des individuellen Schüler_innen-Austausches
- bilaterale Gruppenaustausch und -begegnungen (schulisch wie außerschulisch)
- Multilaterale Gruppenaustausch/-begegnungen (außerschulisch)
- eine diversitätsbewusste Internationale Jugendarbeit
- ausreichende finanzielle Fördermöglichkeiten für Partnerländer, auch im Sinne einer Solidarumlage
- Berücksichtigung von Internationaler Jugendarbeit beiden internationalen Partnerschaften des Freistaates
- Zugänge zu Internationaler Jugendarbeit müssen allen Jugendlichen offen stehen
- Ansprache von bislang nicht erreichten austauschfernen Zielgruppen, um der Forderung nach Inklusion und Teilhabe gerecht zu werden

Reiches Aufwachsen

Lohnerwerb

Zur Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gehört heute auch, dass das Überleben mit einer Arbeit schwierig wird. Immer mehr Menschen müssen einen Zweit-Job annehmen. Auch die Befristung von Stellen oder das jahrelange herumreichen in Minijob-Verhältnissen oder in Praktika ohne Bezahlung ist für Jugendliche Realität. Junge Menschen sind massiv von Armut betroffen und können nicht mehr mit einer ausreichenden Rente rechnen. Mehr als 60% aller befristet Beschäftigten in Deutschland sind jünger als 35 Jahre. Befristet Beschäftigte haben hierbei deutlich niedrigere Nettoeinkommen als gleich alte Arbeitnehmer_innen mit unbefristetem Vertrag. Dementsprechend sind sie trotz Arbeit doppelt so häufig von Armut bedroht und können nicht mit einer angemessenen Rente rechnen.
[Jugend und befristete Beschäftigung (Hans-Böckler-Stiftung 2016)]

Gerade junge Beschäftigte sind konfrontiert mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und geringen Löhnen, während gleichzeitig der Arbeitsdruck steigt, ebenso wie der Anstieg

sogenannter atypischer Beschäftigung (Teilzeit unter 20 Wochenstunden, Leiharbeit, Befristung), der Zunahme instabiler Erwerbsverläufe sowie in jüngster Zeit dem vermehrten Ausweichen auf Werkverträge. Digitalisierung und Sharing-Economy beschleunigen die Veränderung der Arbeitswelt. Die oftmals nicht freigewählten Erwerbsbiographien führen zu einer lückenhaften Rentenversicherungsbiographie und damit zu einer entsprechend niedrigen Rente.

Wir machen uns stark für:

- Stärkere Regulierung von Wohnraummieten zugunsten der Mieter_innen
- Ausbau der Förderung von Bund und Land für den sozialen Wohnungsbau
- Stärkung des ländlichen Raumes
- Investitionen in sozialen Wohnungsbau, der es jungen Menschen ermöglicht, auch in Ballungsräumen zu leben
- flexible und temporäre Wohnungsbereitstellungen

Steuerpolitik

Aktuelle wirtschaftspolitische Debatten sind im Hier und Jetzt verhaftet. Wenn Haushalte Überschüsse erzielen, werden schnell Steuersenkungen in Aussicht gestellt. Profitieren werden davon naturgemäß vor allem jene Bürger_innen, die Steuern zahlen, also überwiegend jene nicht mehr ganz jungen Beschäftigten, die beruflich etabliert sind.

Wir machen uns stark für:

- Abbau von Befristungen sowie Zeit- und Leiharbeitsverhältnissen
- Solidarischen Einbezug von allen in die sozialen Sicherungssysteme und Abschaffung der privaten Ersatz- und Ergänzungsleistungen

Wohnraum

Über ausreichend Wohnraum zu verfügen, ist Grundrecht eines jeden Menschen und eine fundamentale Bedingung für gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Heranwachsende, die sich mit Ausbildung und Studium selbständig machen wollen, scheitern häufig an hohen Mieten.

Wir machen uns stark für:

- Investition von Steuergeldern in Bildung, Forschung, saubere Energie, Infrastruktur, klimaneutralen Verkehr oder Schuldenabbau – was auch jüngeren und kommenden Generationen nützt – anstatt die Diskussion auf die Verteilung aktueller Überschüsse zu beschränken

Vielfältige Biografien

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wachsen wie keine andere Generation vorher in einer Multioptionsgesellschaft auf. Begünstigt durch die industrielle und technische Entwicklung stehen Konsumgüter, Waren und Dienstleistungen vielfältig und schnell wandelnd in großem Maße zur Verfügung. Aber auch Optionen hinsichtlich Arbeitsstelle, Arbeitsort, Arbeitszeiten sind zunehmend stärker gestaltbar. Hierbei zeichnet sie aus, maximal pragmatisch mit den Anforderungen im Alltag, Beruf und Gesellschaft umgehen zu wollen und zu können. Sie wissen um ihren eigenständigen und gefestigten Platz in der Gesellschaft. Dieser Platz ist jedoch immer wieder neu zu verorten. Wechsel der Arbeitsstelle, berufs-, privat- und familienbedingte Umzüge und temporäre Wohnortwechsel sowie sich verändernde Haltungen zu ehrenamtlichem Engagement hin zu projektorientierter Beteiligung sind Gründe für nicht mehr klar lineare Biografien von Schule - Ausbildung - Beruf - Rente. In zunehmender Vielfalt lassen sich Lebensentwürfe entwickeln und verändern. Hier bieten Auszeit- und Orientierungsphasen die Möglichkeit, der Neu-Justierung.

Wir machen uns stark für:

- Freiwilligendienste als Bildungs- und Orientierungsjahr für junge Menschen
- Freiwilligendienste, die sich vorrangig an den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und nicht an der Personalnot von sozialen Einrichtungen orientieren
- Freiwilligendienste, die von sozialen Einrichtungen als Chance begriffen werden, junge Menschen für eine Arbeit in sozialen Berufen zu begeistern

Wir sind bereit. Und voller Lust zu gestalten. Wir freuen uns auf den Dialog!

Die Themen entstammen den Beratungen mit Vertreter_innen des Bayerischen Jugendrotkreuzes in den Vorständen der Stadt- und Kreisjugendringen und Delegierten der Vollversammlungen. Beteiligt an der Themensammlung waren Gremien und Mitglieder des Bayerischen Jugendrotkreuzes. Final beraten und beschlossen wurden die Themen und Forderungen bei der 17. JRK-Landesversammlung vom 22.–23. September 2018 in Würzburg. Diese Themen und Forderungen sind unsere verbandlichen Kernforderungen an Politiker_innen und Entscheidungsträger_innen.

Bayerisches Rotes Kreuz

Jugendrotkreuz

Bayerisches Jugendrotkreuz
Garmischer Straße 19-21
81373 München

MEHR: JRK-BAYERN.DE